

Inhalt der Sitzung vom 14.02.2005

TOP Ö 1 Haushaltsberatung 2005 mit Finanzplanung 2006-2008

In einer nichtöffentlichen Klausursitzung am 24.1.2005 ist der Gemeinderat über folgende Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts übereingekommen:

Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer ab 1.1.2006 von 330 auf 360 v. H.

(Mehreinnahmen ca. 105.000 € p.a.)

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B ab 1.1.2006 von 240 auf 300 v. H.

(Mehreinnahmen ca. 156.000 € p.a.)

Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer A ab 1.1.2006 von 260 auf 300 v. H.

(Mehreinnahmen ca. 2.000 € p.a.)

Einstellung des Stadtbusses zum nächstmöglichen Zeitpunkt

(Fahrplanwechsel im Dezember 2005)

(Minderausgaben ca. 72.000 € p.a.)

Sofortige Streichung sämtlicher Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen

(Minderausgaben ca. 15.000 € p.a.)

Erhöhung der Hundesteuer ab 1.1.2006 auf 72 € p. a.

(Mehreinnahmen ca. 7.000 € p.a.)

Erhöhung der Friedhofsgebühren

(die Einzelheiten sind noch im zuständigen Finanzausschuss zu beraten: Mehreinnahmen ca. 30.000 € p.a.)

Um die Schließung des Jugendtreffs zu vermeiden (mögliche Kostenersparnis: ca. 80.000 €), sollte mit dem Postillion e.V. eine weitgehende Reduzierung des aktuellen Angebots abgestimmt werden. Maximalziel war eine hälftige Kostenreduzierung, wobei die Betreuung noch sinnvoll gestaltet sein sollte und pädagogischen Anforderungen genügen muss. Im Ergebnis wurde eine Neukonzeption erstellt, die die seitherigen Kosten auf künftig ca. 50.000,-- € p.a. begrenzt.

Für die zudem in Überlegung stehende Schließung des Hallenbades (mögliche Kostenersparnis ca. 150.000 €) fand sich keine Mehrheit.

Bei der Finanzplanung für die Jahre 2006-08 wurde unterstellt, dass sämtliche Bauplätze in den Baugebieten Keesgrieb und Gasseläcker, sowie die beiden gemeindeeigenen Anwesen Moltkestraße 17 und Bahnstraße 11 zu den veranschlagten Preisen verkauft werden können. Die möglichen Verkaufserlöse in Höhe von insgesamt 2.131.000 € wurden zur Deckung der Defizite eingesetzt. Zudem sind in der Finanzplanung 2006-2008 zur Haushaltskonsolidierung weitere Streichungen von rund einer Million geplant. Diese betreffen in Hauptsache die Bereiche Straßenerneuerungen, Dachgeschossausbau Rathaus, Erneuerung der Heizungsanlagen der

Humboldtschule und Friedrichschule, Reinigung Kunstrasenplatz TSG Eintracht sowie die Einzäunung der Gänsweid. Durch vorgenannte Streichungen sind im Investitionsprogramm im Jahre 2008 nur noch Mittel i.H.v. 181.000 € vorgesehen Nach Einarbeitung der vom Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltslage, der Veranschlagung der Veräußerungserlöse und der Streichung der oben aufgeführten Ausgaben fehlen der Gemeinde in den Jahren 2006 bis 2008 dennoch 730.000 € an Deckungsmitteln. Es ist des Weiteren davon auszugehen, dass die staatlichen Zuweisungen weiter sinken, die von der Gemeinde zu zahlenden Umlagen jedoch im Gegenzug weiter steigen. Hinzu kommt die rückläufige Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen, die von 2.952.000 € im Jahr 2001 auf 1.070.000 € (aktueller Stand) zurückgingen. In der Finanzplanung wurden (u. a. durch die vorgeschlagene Hebesatzerhöhung) für die Jahre 2006 bis 2008 jeweils Gewerbesteuereinnahmen von 1.375.000 € einkalkuliert.

Eingangs der Beratungen schilderte Bürgermeister Huckele nochmals die derzeitige Finanzlage. Als weiterhin fragliche Größe bezeichnete er dabei insbesondere die Gewerbesteuereinnahmen. Hinsichtlich des Investitionsprogramms der kommenden Jahre verwies er auf die geplanten Einsparungen, wobei die genannte Erneuerung der Heizungsanlagen in den Schulen über einen so genannten Contracting-Vertrag realisiert werden soll. Als evtl. weitere Einnahmequelle nannte er den Verkauf von Grundstücken im Gewerbegebiet Nord-West, wobei dies zum einen keine verlässliche Größe, zum anderen ein einmaliger Erlös sei. Ziel müsse es künftig sein, die laufenden Ausgaben im Verwaltungshaushalt, sowie die Tilgungsausgaben im Vermögenshaushalt zu decken, um so eine langfristige Konsolidierung zu erreichen. Aktuell sei man hiervon jedoch weit entfernt.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) machte deutlich, dass sich die angespannte Finanzsituation bereits seit dem Haushalt 2003 wie ein roter Faden fortsetzt. Da die Talsohle aktuell noch nicht durchschritten ist, gilt es im Rahmen notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen entgegenzusteuern. Diese wurden in der Sitzung am 24.01.05 beraten. Auf die Maßnahmen im einzelnen eingehend stellte sie fest, dass Plankstadt nach der Erhöhung der Hebesätze nun im Mittel liegt, was sich durch die gleichzeitige Erhöhung der anderen Kreisgemeinden jedoch wieder relativieren wird. Den Kostendeckungsgrad der Friedhofsgebühren gelte es zwingend zu verbessern. Auf den Stadtbuss eingehend bezeichnete sie die Einstellung als schmerzlich. Die geringen Nutzerzahlen, wie auch die sinkenden Zuschüsse des Kreises, zwingen hier jedoch zum einschreiten. Zudem verwies sie darauf, dass es sich dabei um eine Freiwilligkeitleistung der Kommune handelt. Ergänzend stellte sie fest, dass zwischenzeitlich auch die HSB-Buslinie den Bahnhof Schwetzingen anfährt. Ein wichtiges Argument, denn u.a. in Ermangelung eines derartigen Angebots entschied man sich seinerzeit für eine kommunale ÖPNV-Lösung mit DB-Anbindung in Schwetzingen. Auch die derzeitigen Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen gelte es einzustellen, besteht hierfür (trotz eines hohen Stellenwerts des Umweltschutzes) definitiv kein finanzieller Spielraum. Auf die Reduzierung des Angebots im Jugendtreff eingehend stellte sie fest, dass man sich mit dieser Entscheidung für die Zukunft nichts verbaut habe. Sollte es die Finanzlage zulassen, könne man das Angebot zu einem späteren Zeitpunkt wieder erweitern. Hinsichtlich der in Rede stehenden Schließung des Hallenbades machte sie deutlich, dass in diesem Bereich zwar ein geringer Kostendeckungsgrad zu beklagen ist, gleichzeitig jedoch auch der Stellenwert des Schwimmunterrichts bedacht werden muss. Im Rahmen des Vor-Ort-Termins habe man sich ein Bild über den guten Allgemeinzustand des Bades machen können, was für den Erhalt spricht. Schlussendlich hielt sie in diesem Zusammenhang auch eine moderate Erhöhung der Eintrittspreise für denkbar. Auf die Erhöhung der Hundesteuer eingehend monierte sie deren Fehlen im Beschlussvorschlag. Bürgermeister Huckele informierte, dass hierzu ein gesonderter Satzungsbeschluss zu fassen ist. In diesem Zusammenhang regte sie an, die Einführung von Hundemarken zu überdenken. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass dies bereits zurückliegend so praktiziert wurde, jedoch mit mäßigem Erfolg. Den Streichungen im Rahmen der Finanzplanung 2006-08 ist nach Meinung von Gemeinderätin Schuster gleichfalls zuzustimmen, wobei hier jedoch gewisse Unwägbarkeiten (unerwarteter

Sanierungsaufwand, o.ä.) bestehen. In der aktuellen Situation, so Gemeinderätin Schuster abschließend, gelte es fraktionsübergreifend auch unliebsame, jedoch notwendige Maßnahmen mitzutragen, die bei einer evtl. künftig besseren Finanzlage ggf. wieder revidiert werden können.

Germeinderat Franz Streck (PL) machte deutlich, dass die meisten Kommunen von der aktuellen Finanzmisere betroffen sind. Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung, wie die vorliegenden, seien immer unangenehm, in Anbetracht der momentanen Finanzlage jedoch unausweichlich. Insofern entsprach Gemeinderat Streck sowohl der angedachten Erhöhung der Hebesätze, als auch der Einstellung des Stadtbusverkehrs, den er angesichts der ermittelten Nutzerzahlen als Luxus bezeichnete. Gleichfalls seine Zustimmung fand die geplante Deckelung der Kosten für den Jugendtreff. Negativ stellte er sich jedoch zu einer Schließung des Hallenbades, da man den Plankstadter Bürgern nicht alles nehmen könne. Hier hielt er ggf. auch künftig eine bessere Vermarktung des Bades für angezeigt. Die Erhöhung der Friedhofsgebühren, wie auch der Hundesteuer, sei Thema einer der nächsten Ausschusssitzungen und daher nochmals gesondert zu diskutieren. Wie Gemeinderat Streck zusammenfassend feststellte, hat der Gemeinderat, in Kooperation mit der Verwaltung, ein bestmögliches Konsolidierungskonzept entwickelt, das es nunmehr konsequent umzusetzen gilt. Bzgl. der Finanzplanung 2006-08 machte er deutlich, dass diese so zur Kenntnis genommen werden muss. Auf die Zahlen des diesjährigen Investitionsprogramms eingehend hinterfragte er den dortigen Ansatz i.H.v. 50.000,-- Euro für die Seniorenwohnanlage Luisenstraße. Bürgermeister Huckele informierte, dass die Maßnahme aktuell noch nicht schlussgerechnet ist und daher ein entsprechender Ansatz für noch ausstehende Posten zu bilden war.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) bezeichnete es als unerfreulich, dass man bereits zum wiederholten Male im Rahmen einer Klausursitzung über den anstehenden Haushalt zu beraten hatte. Dies sei jedoch keine Plankstadter Besonderheit, sondern bereits in den meisten Kommunen der Fall. Als Grund für die Finanzmisere der Städte und Gemeinde nannte er die Tatsache, dass die finanziellen Lasten konsequent von oben nach unten weitergereicht werden. Die Kommunen als letztes Glied dieser Kette träfe dann die volle Last. Als problematisch bezeichnete er, dass man nunmehr im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in Bereichen sparen müsse, die eigentlich der Förderung bedürfen. Beispielhaft nannte er hier die Bücherei, für die zurückliegend eine Gebühr eingeführt werden musste. Im Bereich der Jugendarbeit habe man mit der Deckelung der Kosten für den örtlichen Treff gerade noch einmal eine akzeptable Lösung erzielt. Wenn sich in der Zukunft keine grundlegenden Änderungen im aktuellen Verteilerschlüssel zu Gunsten der Kommunen ergeben, so Gemeinderat Schneider, ist man auch weiterhin auf ein Streichkonzert zur Haushaltskonsolidierung angewiesen. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen beantragte er bei der Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B Einzelabstimmung. Auf die geplante Einstellung des Stadtbusses verweisend erfragte er eine ggf. vorzeitige Kündigung, d.h. noch vor dem Fahrplanwechsel im Dezember. Bürgermeister Huckele informierte, dass der aktuelle Vertrag eine Kündigung zu diesem Zeitpunkt vorsieht. Zudem erinnerte er an die Jahreskartennutzer, die auf den Betrieb des Linienverkehrs vertrauen (der so auch in den Publikationen und Fahrplänen des Nahverkehrs bis zum Dezember dieses Jahres ausgewiesen ist.). In Folge erteilte Gemeinderat Schneider sein Einvernehmen, sowohl zur Streichung der Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen, zur Deckelung der Kosten für den Jugendtreff, als auch zur weitergehenden Beratung einer Erhöhung der Friedhofsgebühren und der Hundesteuer im zuständigen Ausschuss. Bzgl. des Hallenbades verwies auch er auf den guten Allgemeinzustand, von dem man sich vor Ort überzeugen konnte. Würde man die Einrichtung heute schließen, so wäre diese Entscheidung endgültig. Zudem verwies er darauf, dass auch eine Folgenutzung des Bades gewisse Kosten bedingen würde. Für die Finanzplanung der kommenden Jahre sah er keinen Silberstreif am Horizont. Als Unding bezeichnete er den Umstand, dass man Grundstückserlöse zur Deckung der laufenden Ausgaben einsetzen muss.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte fest, dass sich die Unsicherheiten bei der Aufstellung des Haushaltsplanes verstärken. Hier gelte es für die Verwaltung auch, sich an den Zwängen des Kommunalrechtsamtes zu orientieren. Dem Gemeinderat komme diesbezüglich aber ein Veto-Recht zu, d.h. er müsse nicht zwingend allen Konsolidierungsmaßnahmen wie vorgeschlagen entsprechen. Bei der angedachten Schließung des Hallenbades an der Friedrichschule plädierte er dafür, nicht nur die monetären Kriterien anzusetzen, sondern auch den Stellenwert des Schwimmsports zu berücksichtigen. Hinsichtlich des Jugendtreffs erklärte er sich mit einem reduzierten Angebot einverstanden, sofern dies noch den konzeptionellen Erfordernissen entspricht. HAL Knörzer informierte, dass man sich mit dem Postillion e.V. abgestimmt hat und das reduzierte Konzept immerhin eine wöchentliche Öffnungszeit von 17 Stunden vorsieht. Die Streichung der Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen lehnte Gemeinderat Hohl in Folge ab, da dies den Stellenwert der Umweltpolitik im Allgemeinen erheblich mindert. Auf anstehende Straßenbaumaßnahmen eingehend nannte er beispielhaft die geplante Westumfahrung Grenzhof, die den Haushalt 2006 immerhin mit einem Betrag von 200.000,-- Euro belastet. Könnte man diese Mittel einsparen, bedeute dies eine annähernde Halbierung des Gesamtdefizits. Insofern hoffe die GLP, dass die Stadt Heidelberg der Argumentation zahlreicher Bewohner des Grenzhofs folgt und die aktuellen Planungen revidiert. Bürgermeister Huckele stellte hierzu fest, dass der Bau der Westumfahrung Grenzhof primär auch einer Verbesserung des Radwegenetzes, d.h. konkret der Fortführung des bestehenden Rad- und Fußweges entlang der K 4144, dient. Die nunmehr geplante Lösung bezeichnete er als sinnvoll und notwendig. Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) fügte an, dass der Bau der Westumfahrung Grenzhof bereits seit Jahrzehnten dem Willen des Gemeinderats entspricht und betonte gleichfalls den hierdurch in Angriff genommenen Ausbau des Radwegenetzes. Die geplante Einstellung des Stadtbusses lehnte Gemeinderat Hohl ab, da sie eine Verschlechterung des Angebots im ÖPNV bedeutet. Dies um so mehr, als auch keine Alternativlösung (z.B. Ruftaxiverkehr; wenn auch nur für Härtefälle) geplant ist. Insofern sprach er von einem Kahlschlag im ÖPNV. Abschließend monierte er den kurzen Betrachtungszeitraum der vorliegenden Nutzererhebung des Stadtbusses.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) lehnte die vorgesehene Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B ab, da diese Maßnahme jeden Eigentümer und Mieter trifft. Insbesondere monierte er die Höhe der Steigerung. Spricht man sich gegen eine Schließung des Hallenbades aus (dessen Angebot nur von einem begrenzten Personenkreis wahrgenommen wird), könne man nicht im Gegenzug eine Maßnahme treffen, die fast alle Bürgerinnen und Bürger belastet. Bei der Streichung von Zuschüssen für Umweltschutzmaßnahmen hätte er sich eine differenziertere Betrachtungsweise (welche Zuschüsse wurden wie angenommen) gewünscht.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung befürwortete das Ratsgremium die vorgeschlagene Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer A, die Begrenzung der Ausgaben für den Jugendtreff (Postillion e.V.) auf 50.000,-- Euro sowie die weitergehende Beratung zur Erhöhung der Friedhofsgebühren und der Hundesteuer im zuständigen Ausschuss mit einstimmigem Votum.

Der Einstellung des Stadtbusses sowie der Streichung der Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen entsprach der Rat bei 2 Gegenstimmen der GLP.

Die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B schließlich wurde bei 1 Gegenstimmen von GR Dr.Dr. Ulrich Mende (SPD) verabschiedet.

TOP Ö 2 Haushaltsanträge 2005

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 22.12.2004 einen Haushaltsantrag gestellt, der in der Klausursitzung am 24.01.2005 vorberaten wurde. Von der GLP-Fraktion folgten mit Schreiben vom 02.02.2005 weitere 7 Haushaltsanträge. Die CDU-Fraktion, wie auch die Fraktion der PL, verzichteten mit Blick auf die derzeitige Finanzlage auf das Einreichen von Anträgen. Nachfolgend die jeweiligen Anträge, hierzu ergangenen Stellungnahmen der Verwaltung, sowie Diskussion und Beschlussfassung des Ratsgremium im Einzelnen:

Haushaltsantrag der SPD-Fraktion:

Antrag 1:

Der Gemeinderat möge beschließen, den örtlichen Vereinen und Parteien die vorhandenen gemeindeeigenen Räumlichkeiten (ausgenommen Grillhütte und Ratssaal) maximal dreimal jährlich kostenfrei zu überlassen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es ist festzuhalten, dass der Antrag sich nach nochmaliger Konkretisierung durch die SPD-Fraktion in der Klausursitzung am 24.01.2005 lediglich auf die Räumlichkeiten im Untergeschoss des Gemeindezentrums bezieht. Die Überlassung wurde in der Vergangenheit mehrfach kontrovers diskutiert und immer mehrheitlich abgelehnt.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) begründete den Antrag seiner Fraktion mit dem Umstand, dass es in Plankstadt etliche Vereine ohne festes Vereinslokal gibt, die gelegentlich (teils repräsentative) Räumlichkeiten für entsprechende Anlässe (Referentenvorträge, o.ä.) benötigen. Dies gilt u.a. auch für die örtlichen Parteien. Insofern plädierte die SPD-Fraktion dafür, zu diesem Zweck die Räumlichkeiten im Untergeschoss des Gemeindezentrums, aber auch ggf. den Aufenthaltsraum in der Seniorenwohnanlage Luisenstraße zur Verfügung zu stellen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf eine aktuelle Umfrage der IG Plankstadt Vereine zum Thema Raumangebot, wobei sich hier eine eher negative Tendenz abzeichne. Dem Ergebnis der Umfrage sollte jedoch nicht vorgegriffen werden. Auf die örtlichen Parteien eingehend sah sie eine Alternative in der örtlichen Gastronomie, die es zu unterstützen gilt. Im Ergebnis sei dem Haushaltsantrag zum aktuellen Zeitpunkt nicht zu entsprechen.

Gemeinderat Gerhard Waldecker (PL) verwies gleichfalls auf die zahlreichen örtlichen Lokalitäten, in denen zudem der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gepflegt werden kann. Insofern sah er keine Notwendigkeit, von den geltenden Regelungen abzuweichen.

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) stellte fest, dass die Räumlichkeiten ohnedies vorhanden und in betriebsbereitem Zustand zu halten sind. Insofern erscheint es sinnvoll, diese auch zweckentsprechend zu nutzen. Da nicht jede Veranstaltung für das Nebenzimmer einer Gaststätte geeignet ist, plädierte er dafür, die genannten Räume von Fall zu Fall für die beantragte Nutzung zu öffnen. Dies ggf. unter Erhebung einer Nutzungsgebühr.

Beschlussfassung:

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Haushaltsantrag bei 6 Ja-Stimmen (SPD (4); GLP (2) und 1 Enthaltung (Stimme des Bürgermeisters) mehrheitlich abgelehnt.

Haushaltsanträge der GLP-Fraktion:

Antrag 1:

Wir beantragen, die vorhandenen bzw. neu zu schaffenden ökologischen Ausgleichsflächen für inner- und außerörtliche Baulandumlegungen und die Biotope auf einem Gemarkungsplan zu kartieren und den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Kopie der Bestandsaufnahme, die im Rahmen der Biotopvernetzung erstellt wurde, und eine Kopie der § 24 a-Biotopkartierung des Rhein-Neckar-Kreises liegen zu den Fraktionssitzungen im Beratungszimmer auf.

Beschlussfassung:

Der Antrag wurde aufgrund Aushändigung der gewünschten Planunterlagen ohne weitere Beratung als erledigt erachtet.

Antrag 2:

Wir beantragen, einen Arbeitskreis Gemeindeförderung zu gründen und auf Basis der vorhandenen CIMA Studie 2002 eine Rangfolgeliste zu entwickeln. Dem Arbeitskreis sollen Vertreter der Gemeindeverwaltung, der Ratsfraktionen, des Gewerbevereins, des HKK, der Gastronomie und der IG Vereine angehören. Ziel ist, einen Orientierungs- und Handlungsrahmen für ein Gemeindeförderprogramm zu erstellen und schrittweise in die Tat umzusetzen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Erstellung einer Rangfolgeliste aufgrund der CIMA Studie macht zum jetzigen Zeitpunkt nur Sinn, wenn sie auch umgesetzt werden kann. Dafür notwendige Finanzmittel fehlen gegenwärtig. Ungeachtet dessen kann dieses Thema beim anstehenden Runden Tisch des Handwerker- und Gewerbevereins angesprochen werden.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) führte aus, dass der Antrag auf einen erweiterten Arbeitskreis zielt, der über das bestehende Angebot hinausgeht. Ziel dieses Kreises müsse es sein, einen Entwicklungsplan für die Kommune aufzustellen.

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) verwies auf den bereits eingerichteten Runden Tisch mit dem Handwerker- und Gewerbeverein und hielt die Gründung eines neuen Gremiums für nicht angezeigt. Ihrer Auffassung nach kann man jedoch im Einzelfall eine/mehrere sachkundige Personen zu den Beratungen hinzuziehen.

Bürgermeister Huckele formulierte dahingehend einen alternativen Beschlussvorschlag, als die Kommune federführend für die Gesamtumsetzung der CIMA-Studie verantwortlich zeichnet und hierzu die Behandlung der jeweils anstehenden Themen koordiniert. Dies geschieht im Bedarfsfall unter Hinzuziehung sachkundiger Personen bzw. sonstiger Beteiligter.

Beschlussfassung:

Dem, von Bürgermeister Huckele formulierten alternativen Beschlussvorschlag wurde schlußendlich bei 1 Enthaltung von GR Dr.Dr. Ulrich Mende (SPD) mehrheitlich entsprochen.

Antrag 3:

Wir beantragen, einen Bebauungsplan zur Festsetzung von Mobilstandortbereichen zu erstellen. Ziel ist, dem Wildwuchs der Antennenaufstellung im Ort Einhalt zu gebieten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird unterstellt, dass der Antrag auf eine Regelung im bebauten Ortsbereich, der überwiegend dem Wohnen dient, zielt. Bei einer Umsetzung des Antrages müsste der Gemeinderat – um sich nicht dem Vorwurf einer unzulässigen „Negativplanung“ auszusetzen – im Innenbereich durch eine positive Ausweisung zulässige Standorte zur Errichtung von Funkstationen definieren. Dies würde, aufgrund der in allen Bevölkerungsbereichen kontrovers geführten Diskussion über die Mobilfunktechnik, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Konflikten mit der angrenzenden Nachbarschaft führen. Eine Ausweisung derartiger Standorte über einen Bebauungsplan ist der Sache nicht dienlich. Der Notwendigkeit, funktechnische Erfordernisse der Mobilfunkbetreiber zu berücksichtigen, stehen in erster Linie städtebauliche Zielvorstellungen der Gemeinde, wie die Verhinderung von erkennbaren, gestalterischen Auswüchsen im Ortsbild, entgegen. Die Entwicklung in der Nachbargemeinde Oftersheim, die aktuell in einem Bebauungsplanverfahren Mobilfunkstandorte ausweist, bleibt abzuwarten.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) hielt es für angezeigt, im vorliegenden Fall nicht abzuwarten, sondern sich vielmehr der Nachbargemeinde Oftersheim anzuschließen. Dies ggf. auch unter Einschaltung eines Rechtsbeistands.

Beschlussfassung:

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Haushaltsantrag schließlich bei 2 Ja-Stimmen der GLP und 1 Enthaltung von GRätin Ulrike Breitenbücher (PL) mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 4:

Wir beantragen, die KLIBA-Energiekontrolle bei öffentlichen Einrichtungen wie Mehrzweckhalle, Rathaus, Gemeindezentrum und Schwimm-/Turnhalle zu veröffentlichen. Bedeutende Abweichungen der Verbrauchswerte vom Vergleichszeitraum sollen erklärt und abgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Energiekosten Gasverbrauch und Stromkosten der öffentlichen Einrichtungen werden bereits seit Jahren im Rechenschaftsbericht erläutert und veröffentlicht. Außerdem werden die Jahresberichte der KLIBA über den Energieverbrauch der öffentlichen Einrichtungen dem Gemeinderat zur Kenntnis gegeben.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) erkundigte sich, inwieweit bereits aktuell in der Gemeindeverwaltung eine Art Energiemanagement besteht und ob hierbei auch Rückschlüsse aus evtl. Verbrauchsschwankungen gezogen werden. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine Publikation von Verbrauchswerten im Gemeindemitteilungsblatt, der jedoch die schlussendliche Konsequenz der Erhebung nicht zu entnehmen war.

Bürgermeister Huckele führte aus, dass das Umweltamt der Gemeinde im Bereich des Energiemanagements tätig ist. Bei signifikanten Abweichungen zu bisherigen Verbrauchswerten wird hier umgehend reagiert und nach möglichen Lösungen gesucht.

Beschlussfassung:

Aufgrund der Ausführungen des Bürgermeisters bezeichnete Gemeinderat Wolf den Antrag als erledigt.

Antrag 5:

Wir beantragen, die jährlichen Ehrungen durch die Gemeindeverwaltung mit einem Neubürgerempfang zu kombinieren. Der IG Vereine bzw. deren Mitgliedsvereinen sollte dabei Gelegenheit zur Darstellung ihres Vereinswecks geboten werden. (Kosten 150 €).

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahre 2004 haben sich 642 Einwohner bei der Gemeinde neu angemeldet. Für Neubürger gibt es in erster Linie Informationen in der Infobroschüre, die bei der Anmeldung ausgehändigt wird, und auf der Homepage der Gemeinde im Internet. Außerdem bietet die IG Vereine am „Tag der Vereine“ den Vereinen Gelegenheit, sich der Bevölkerung vorzustellen.

Gang der Aussprache:

Gemeinderat Winfried Wolf (GLP) wertete eine Broschüre bzw. den Verweis auf die Präsenz im Internet, nicht als Ersatz für die persönliche Ansprache im Rahmen eines Neubürgerempfangs. In diesem Zusammenhang verwies er auf diverse Nachbargemeinden, wie auch die französische Partnergemeinde Castelnau-le-Lez, die gleichfalls einen Neubürgerempfang ausrichten.

Bürgermeister Huckele befand, dass ein Neubürgerempfang nur als eigenständige Veranstaltung denkbar sei, was jedoch wiederum Kosten nach sich zieht.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) pflichtete dem bei und merkte an, das ihr die genannten Kosten der GLP i.H.v. 150,- Euro als zu gering erscheinen. Schließlich sei der Veranstaltung auch ein gewisser Rahmen zu geben.

Beschlussfassung:

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung wurde der Haushaltsantrag

bei

3 Ja-Stimmen GLP (2); GRat Franz Streck (PL)

3 Enthaltungen GRäte Gerhard Waldecker; Ulrike Breitenbücher (PL); GRat Dieter Schneider (SPD)

mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 6:

Wir beantragen, am Gemeindezentrum eine Bücherbox einzurichten, damit Bücherausleihen unabhängig von den Öffnungszeiten der Bibliothek zurückgegeben werden können.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Bücher können während den üblichen Öffnungszeiten zurückgegeben werden. Eine Bücherbox würde weitere Kosten verursachen und evtl. Vandalismus mit sich bringen. Die Büchereileitung steht einer Bücherbox ebenfalls ablehnend gegenüber.

Beschlussfassung:

Ohne weitere Beratung wurde der Haushaltsantrag im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung bei

2 Ja-Stimmen der GLP mehrheitlich abgelehnt.

Antrag 7:

Wir regen an, dass Partnerschaftsausschuss und VHS in Plankstadt einen Französisch-Kurs für Castelnau-Freunde organisieren mit besonderer Berücksichtigung der praktischen Sprachprobleme bei Treffen der beiden Partnergemeinden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Den angeregten Französisch-Kurs für Castelnau-le-Lez-Freunde gibt es bereits im aktuellen Programm der Volkshochschule auf Seite 71 mit der Kursnummer 40890 „Französisch für die Städtepartnerschaft“. Hierfür sind bei Bedarf in der Humboldtschule 5 Termine vorgesehen.

Beschlussfassung:

Der Antrag wurde ohne weitere Aussprache aufgrund des bereits bestehenden Angebots des VHS als erledigt angesehen.

TOP Ö 3 Örtliche Bedarfsplanung zur Kinderbetreuung

Eine wesentliche Neuerung des, zum 01.01.2004 in Kraft getretenen und grundlegend überarbeiteten Kindergartengesetzes, ist die, in § 3 Abs.2 KGaG eingeführte und nunmehr gesetzlich verankerte örtliche Bedarfsplanung. Diese gilt u.a. auch als Grundlage für die finanzielle Förderung von Einrichtungen, da deren Betreuungsangebote hierin als bedarfsgerecht anzuerkennen sind, soll eine kommunale Zuwendung erfolgen. Aufgrund vorgenannten Erfordernisses hat die Verwaltung dem Gemeinderat bereits in seiner Sitzung am 15.12.2003 eine örtliche Finanzierungs- und Bedarfsplanung vorgelegt, der mit einstimmigem Votum entsprochen werden konnte. Nunmehr galt es, die seinerzeitige Planung unter Berücksichtigung der aktuellen Bedarfswerte fortzuschreiben. Zu beachten galt es dabei auch zwischenzeitlich ergangene Rechtsänderungen (z.B. Schulgesetz, Tagesbetreuungsbaugesetz, etc.), mögliche demografische Entwicklungen (hier insbesondere im Zusammenhang mit der Erschließung neuer Bauflächen), sowie weitere, den Bedarf tangierende Faktoren.

Der so erstellte neue Planentwurf wurde zunächst am 27.01.05 in einem Gespräch mit den konfessionellen Trägern sowie den 3 Kindergartenleiterinnen abgestimmt und in Folge am 31.01.05 in einer Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport, Kultur und Jugend beraten. Nachdem mit den Kindergartenträgern über die Planung Einvernehmen erzielt werden konnte, wurden auch im zuständigen Ausschuss hiergegen keine Einwände erhoben.

Als Fazit für die Gruppe der Kinder unter 3 Jahren kann festgehalten werden, dass im Evangelischen Kindergarten bereits seit geraumer Zeit in deren Ganztagesgruppe ein Betreuungsangebot auch für Kinder unter 3 Jahren besteht. Zudem gibt es in der Gemeinde diverse privat organisierte Krabbelgruppen. Wie die Leitungen der örtlichen Einrichtungen berichteten, besteht jedoch vermehrt Nachfrage nach Kapazitäten für unter 3-jährige Kinder. Sowohl aus pädagogischen, als auch aus finanziellen Gründen hielt man es jedoch für angezeigt, hier zunächst die weitere Entwicklung (insbesondere auch der Kindergartenbedarfszahlen) abzuwarten, um dann ggf. die Errichtung einer gesonderten Gruppe der unter 3-Jährigen (zentral für alle 3 örtlichen Einrichtungen) in die weiteren Planungsschritte einzubeziehen.

Bzgl. der Kindergartenkinder (3-6 Jahre) kam man zu dem Ergebnis, dass das örtliche Angebot, sowohl in qualitativer, als auch in quantitativer Hinsicht, dem aktuellen Bedarf entspricht und als bedarfsgerecht anzuerkennen ist. Eine Anpassung der Kapazitäten, sowohl nach oben, als auch nach unten, erscheint momentan nicht angezeigt. Zu ungewiss sind die künftigen Planzahlen, die es abzuwarten gilt. Ein steigender Bedarf muss in jedem Fall aus der aktuellen Erschließung neuer Bauflächen in den Bereichen Keesgrieb, Siedlung und Gasseläcker prognostiziert werden. Hinzu kommen neue gesetzliche Regelungen, insbesondere zum Ausbau der Kleinkindbetreuung. Ein reduzierter Bedarf wird sich aus der Verlegung der (verbindlichen und flexiblen) Einschulungstichtage und insbesondere aus der, auch langfristig tendenziell sinkenden Kinderzahl ergeben.

Hinsichtlich des Betreuungsangebotes für Kinder im Schulalter ist dem aktuellen örtlichen Bedarf aus Sicht der Verwaltung gleichfalls Rechnung getragen. Die Kapazitäten des Kernzeitangebotes an den Schulen (das guten Zuspruch erfährt) wurden durch Bildung einer 2. Gruppe an der Friedrichschule dem dort steigenden Bedarf angepasst. Zur Einrichtung eines Hortangebotes besteht gem. Umfrageergebnis im Januar diesen Jahres auch aktuell kein ausreichendes Interesse.

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) stellte fest, dass in gewissem Maße bereits ein Angebot für die Altersgruppe unter 3 Jahren besteht. Zusätzliche Kapazitäten können hier, insbesondere unter Berücksichtigung des finanziellen Aspektes, nur für die Zukunft ins Auge gefasst werden. Bei den 3-6-Jährigen ist eine allgemein rückläufige Tendenz festzustellen, der jedoch auch gewisse Unwägbarkeiten (zusätzlicher Bedarf aus der Erschließung von Baugebieten) gegenüber stehen. Hier gilt es, die Entwicklung abzuwarten. Bei den Schulkindern werde das Angebot der Kernzeitbetreuung hervorragend angenommen. Als auffällig bezeichnete er hier die differierenden Nutzerzahlen zu Gunsten der Friedrichschule. Bürgermeister Huckele machte deutlich, dass es hierzu keine Erklärung gibt. Bzgl. eines Hortangebotes an den Schulen, so Gemeinderat Schleich weiter, besteht (entsprechend des aktuellen Umfrageergebnisses) derzeit leider kein hinreichendes Interesse. Für die Zukunft regte er an, in der weiterhin durchzuführenden Bedarfsumfrage ggf. auch eine tageweise Betreuung anzubieten.

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) hielt es für sinnvoll, das bestehenden Angebot der örtlichen Krabbelgruppen ggf. auch im Internet, sowie in anderen örtlichen Publikationen, darzustellen. Auch sie freute sich über die ansprechende Nutzung der Kernzeitbetreuung. Für die Einrichtung eines Hortangebotes sei momentan kein ausreichender Bedarf vorhanden, weshalb es hier nicht zu reagieren gilt.

Gemeinderätin Gaby Wacker (SPD) verwies darauf, dass die genannten Krabbelgruppen primär der Kontaktaufnahme von Kindern/Eltern untereinander dienen und nicht als Betreuungsangebot im eigentlichen Sinne gewertet werden können. Im Übrigen bestehe bei den unter-3-Jährigen ein zusätzlicher Bedarf, auf den man jedoch ggf. im Zuge der allgemein rückläufigen Bedarfszahlen reagieren und so langfristig eine diesbezügliche Lösung finden kann. Auch Gemeinderätin Wacker lobte die konstante Nachfrage der örtlichen Kernzeitgruppen. Bzgl. der Bedarfsumfrage zur Hortbetreuung habe sich die geringe Resonanz aus dem Vorjahr bestätigt, weshalb dem Angebot aktuell nicht näher zu treten ist. Nichtsdestotrotz gelte es auch weiterhin den diesbezüglichen Bedarf zu erfragen.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) stellte zunächst die Bedeutung der Kinderbetreuung als Standortfaktor für eine Kommune heraus. Insgesamt, so sein Resümee, seien die örtlichen Einrichtungen den sich stellenden Aufgaben gewachsen. Als Angebotsergänzung hielt er jedoch noch eine organisierte Krabbelgruppe, sowie eine Hortbetreuung für angezeigt. In diesem Zusammenhang verwies er auf das neue Tagesbetreuungsausbaugesetz, das gerade in diesem Bereich einen Ausbau der vorhandenen Angebote zum Ziel hat. Hier gilt es, die weitere Entwicklung abzuwarten. Gleichzeitig stelle sich jedoch in diesem Zusammenhang auch die Frage der Finanzierung. Auf die mögliche Schaffung eines Hortangebotes eingehend sah Gemeinderat Hohl zwar bereits aktuell einen Bedarf, der sich in Anbetracht der prekären Haushaltslage jedoch nicht umsetzen lässt. Auch seiner Auffassung nach sollte hier jedoch zum Ende des Jahres eine neuerliche Umfrage gestartet werden.

Im Ergebnis entsprach das Ratsgremium mit einstimmigem Votum der vorliegenden Bedarfsplanung und den darin getroffenen Aussagen zum örtlichen Angebot in der Kinderbetreuung.

TOP Ö 4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Einkaufsmarkt Plankstadt“ und Flächennutzungsplanänderung

Abwägung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Behörden- und Bürgerbeteiligung

Offenlagebeschluss

In obigem Verfahren fand in der Zeit vom 22.12.2004 bis 28.01.2005 die frühzeitige Behördenbeteiligung und die Abstimmung mit den Nachbargemeinden statt. In dieser Zeit gingen diverse Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden ein. In der Zeit vom 27.12.2004 bis 27.01.2005 wurde auch die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt. Hier ging nur eine Stellungnahme zur Bauleitplanung der Gemeinde ein. Die Verwaltung hat zusammen mit dem Vorhabenträger Hoffmann und dem Planungsbüro Harmuth einen Abwägungsvorschlag zur Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen bei der weiteren Planung erarbeitet. In der vergangenen Ratssitzung war hierüber zu beraten und zu beschließen, so dass der nächste Verfahrensschritt –die förmliche Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung– erfolgen kann.

Zu vorgenanntem Tagesordnungspunkt begrüßte BM Huckele eingangs der Beratung die Herren Frey von der Firma Wohnpark am Forsthaus und Harmuth vom gleichnamigen Planungsbüro. In Folge erörterte Herr Harmuth die eingegangenen Stellungnahmen, sowie die hierzu erarbeiteten Abwägungsvorschläge.

Gemeinderat Günter Kolb (CDU) lobte zunächst die geplante Einhausung der Anlieferzone zur Begrenzung des Lärmaufkommens. Als wichtig bezeichnete er die Frage der Ausgleichsflächen. Herr Frey bezifferte den in Summe zu realisierenden Ausgleich auf ca. 2.200 m², wobei man vorrangig versuchen wird, die betreffenden Flächen im Gebiet selbst zu erbringen. Sollte dies nicht ausnahmslos gelingen, sind hierzu Areale außerhalb der Planung (jedoch zumindest in Gebietsnähe) heranzuziehen. Gemeinderat Kolb konnte diesem Vorgehen zustimmen. In Folge erkundigte er sich, inwieweit der Untergrund der Parkfläche auf die erforderliche Traglast (Lastkraftwagen) ausgelegt ist. Herr Harmuth bejahte dies. Des Weiteren thematisierte Gemeinderat Kolb die eigentumsrechtliche Frage der Grundstücke, wobei hier offensichtlich Differenzen zwischen dem Eigentümer (d.h. der Firma Wohnpark am Forsthaus) und dem derzeitigen Pächter bestehen. Bürgermeister Huckele stellte fest, dass es sich hierbei um eine rein privatrechtliche Angelegenheit handelt, auf die die Gemeinde keinerlei Einfluss hat. Herr Frey ging davon aus, dass bis zum geplanten Beginn der Maßnahme in diesem Punkt eine Lösung erzielt wird.

Gemeinderat Horst Kolb (PL) wunderte sich über die Vielzahl an Stellungnahmen bzw. Einwendungen. Auch er freute sich über die gelungene Lösung bzgl. einer Einhausung der Ladezone und verwies auf die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen. Die Eigentums-verhältnisse im Plangebiet hingegen seien für die Gemeinde nicht von Belang. Als problematisch bezeichnete er die ausgewiesene Fußgängerquerung im östlichen Planbereich, die er anhand eines ausgehängten Übersichtsaufzeichens aufzeigte. Hier forderte er u.a. eine bessere fußläufige Anbindung. BAL Boxheimer informierte, dass die Querung zum aktuellen Zeitpunkt lediglich nachrichtlich im Plan dargestellt ist und erst im Zusammenhang mit dem Bau der B 535 realisiert wird.

Gemeinderat Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) hinterfragte die Einwendungen des Kreisbrandmeisters. BAL Boxheimer stellte fest, dass dieser lediglich auf eine ausreichende Dimensionierung der Löschwasserleitungen im Planbereich verwies. Auch Gemeinderat Dr. Dr. Mende verwies in Folge auf den zwingend ortsnah durchzuführenden Flächenausgleich, für den aktuell noch keine konkreten Planungen vorliegen. Gleiches gelte für die durchzuführende Bodenuntersuchung. Herr Harmuth teilte mit, dass das geologische Gutachten beauftragt ist und er mit einer Bearbeitungszeit von 2 bis 4 Wochen rechne. BAL Boxheimer ergänzte, dass in der Gemeinderatssitzung im April der Satzungsbeschluss erfolgen soll und bis dahin die Unterlagen vorliegen müssen. Gleiches gelte für die Planungen zum Flächenausgleich. Auch Gemeinderat Dr. Dr. Mende monierte die Probleme zwischen Grundstückseigentümer und Pächter, wobei hier zwingend eine Lösung zu finden ist. Seine Frage nach der aktuellen Weigerung der Telekom zur Umverlegung der eigenen Leitung im Plangebiet beantwortete Herr Frey dahingehend, dass nach Prüfung im Grundbuch kein entsprechendes Leitungsrecht eingetragen und insofern die Telekom zum Handeln verpflichtet ist.

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) bezeichnete die heutige Entscheidung als eine Art Grundsatzbeschluss. Diesem komme entsprechende Bedeutung zu, weshalb er sich einen Einblick in die Originalunterlagen gewünscht hätte. So liege dem Ratsgremium lediglich die Zusammenstellung der Verwaltung vor, aus der, nach seiner Meinung, die jeweiligen Stellungnahmen oftmals nicht differenziert genug ersehen werden können. Er nannte hier beispielhaft den Nachbarschaftsverband, dessen Schreiben seiner Kenntnis nach zusätzliche Fragestellungen aufwirft und insofern in der Verwaltungsvorlage eher zu positiv dargestellt wird. In diesem Zusammenhang verwies er auch darauf, dass sich der Nachbarschaftsverband aktuell einem gewissen Druck ausgesetzt sieht, da (insbesondere seitens der Stadt Schwetzingen) bereits konkrete Überlegungen hinsichtlich einer Auflösung und Bildung einer kleingliedrigeren Lösung bestehen. Bürgermeister Huckele teilte mit, dass er gerne im Nachgang die Originalakten zur Verfügung stellt. Die Verwaltung sah die tabellarische Auflistung lediglich als vereinfachte Darstellung, die den Ratsmitgliedern zur besseren Übersichtlichkeit dient. Mit dem Hinweis auf einen entsprechenden Einwand des Regionalverbands Unterer Neckar negierte Gemeinderat Hohl auch die generelle Notwendigkeit zur Schaffung

eines großflächigen Einzelhandelsbetriebs, zumal in den Nachbargemeinden ein ausreichendes Angebot besteht. Bürgermeister Huckele stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die, von der Gemeinde beauftragte CIMA-Studie einen hohen Kaufkraftabfluss belegt, der zum Handeln zwingt. Da innerörtlich keine adäquaten Flächen für einen derartigen Markt zur Verfügung gestellt werden können, ist die angedachte Lösung durchaus naheliegend. Bei der Frage, inwieweit ein solcher Markt am geplanten Standort Bestand haben wird, meldete Gemeinderat Hohl erhebliche Zweifel an. Als problematisch bezeichnete er den aktuellen Konflikt zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Pächter. Hier wird es entscheidend darauf ankommen, inwieweit eine einvernehmliche Lösung erzielt werden kann. Hinsichtlich des zu erbringenden Flächenausgleichs erinnerte Gemeinderat Hohl daran, dass Herr Hoffmann von der Firma Wohnpark am Forsthaus noch in der November-Sitzung 2004 eine Fläche von 1.700 m² nannte. Nunmehr bezifferte Herr Frey die Zahl auf 2.200 m². Herr Frey stellte hierzu fest, dass sich die genannten 1.700 m² nicht auf das Gesamtgebiet bezogen haben, sondern vielmehr auf den Erwerb einer bestimmten Teilfläche. Wie Gemeinderat Hohl in Folge befand, stelle sich auch die Frage einer evtl. künftigen Gebietserweiterung über die aktuellen Planungen hinaus. Hierzu machte Herr Frey deutlich, dass bereits aufgrund der Größe des Areals nicht die Gefahr besteht, dass sich dort ein weiterer Markt gleicher Größe etabliert. Es ist jedoch denkbar, dass (z.B. im Rahmen eines Pächterwechsels) evtl. künftigen Erweiterungswünschen (des bestehenden Marktes) Rechnung getragen wird. Abschließend freute sich Gemeinderat Hohl, dass die, bereits zurückliegend geäußerten Einwendungen der GLP auch von einer Vielzahl der aktuellen Einwander mit getragen werden. Vor dem Hintergrund der fehlenden Originalakten sah er keine Möglichkeit zur fundierten Beschlussfassung und lehnte die Verwaltungsvorlage im Namen seiner Fraktion ab.

Im Rahmen der abschließenden Beschlussfassung nahm das Ratsgremium schließlich bei 2 Gegenstimmen der GLP die während der frühzeitigen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen zur Kenntnis und befürwortete die Abwägungsvorschläge zur Berücksichtigung bei der weiteren Planung. Auf Grundlage der geänderten bzw. ergänzten Planunterlagen soll nun die förmliche Behördenbeteiligung und die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden.

TOP Ö 5-6 Bauanträge

Mehrheitlich, jedoch in diversen Punkten eingeschränkt, entsprach der Rat dem Antrag auf Ausnahme bzw. Befreiung im Zusammenhang mit dem Kenntnisgabeverfahren zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Garage auf dem Grundstück Flst.Nr. 4814, Gässeläcker 17, sowie

dem Bauantrag zum Umbau des Wohnhauses und zur Einrichtung einer Zahnarztpraxis auf dem Grundstück Flst.Nr. 3544, Im Altrott 8

TOP Ö 7 Bekanntgaben, Anfragen

1. Ausfall Wasserversorgung

Gemeinderat Horst Kolb (PL) erkundigte sich im Zusammenhang mit dem kürzlichen Ausfall der Wasserversorgung nach einer evtl. bestehenden Leitungsvernetzung mit dem Werk „Rauschen“. Bürgermeister Huckele sicherte eine diesbezügliche Prüfung zu.

2. Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in der Schwetzinger Straße (ehem. Penny Markt)

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) erkundigte sich nach dem Sachstand in obiger Angelegenheit. Bürgermeister Huckele berichtete über ein Gespräch mit den aktuellen Interessenten (Integra/CAP), wonach derzeit noch das Ergebnis einer Wirtschaftlichkeitsprüfung aussteht.

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erkundigte sich in diesem Zusammenhang, ob das Geschäft der Integra/CAP in Sandhausen bereits eröffnet sei. Bürgermeister Huckele bejahte dies, woraufhin Gemeinderat Schneider einen Besichtigungstermin anregte.

3. Bewertungskommission des Schwetzinger Fastnachtsumzuges

Gemeinderat Ulf-Udo Hohl (GLP) hinterfragte, ob in der Bewertungskommission des Schwetzinger Fastnachtsumzuges auch ein Plankstadter Mitglied vertreten sei. Bürgermeister Huckele informierte, dass seines Wissens Gemeinderätin Schuster aktives Mitglied ist, dies jedoch nicht in offizieller Abordnung bzw. auf Vorschlag der Gemeinde.

Gemeinderätin Schuster selbst informierte, dass sie vom Zugkomitee auf eine evtl. Teilnahme angesprochen wurde.

4. Tiefbrunnen der Freiwilligen Feuerwehr in der Bürgermeister-Helmling-Straße

Gemeinderat Oskar Sessler (CDU) monierte die aktuell eingeschränkte Zugänglichkeit des Tiefbrunnens der Freiwilligen Feuerwehr in der Bürgermeister-Helmling-Straße. BAL Boxheimer informierte, dass es sich dabei lediglich um eine vorübergehende Lösung aufgrund notwendiger Reparaturarbeiten an den Schachtabdeckungen handelt. Nach Abschluss der Instandsetzung ist der Brunnen wieder frei zugänglich.

5. Neufahrbahnmarkierung im Bereich der „Spinne“ (Ladenburger-/Leopold-/Grenzhöfer-/Wieblinger-/Bürgermeister-Helmling-Straße)

Gemeinderätin Jutta Schuster (CDU) erkundigte sich nach dem Sachstand in obiger Angelegenheit. BAL Boxheimer informierte, dass (sofern es die Witterungsverhältnisse erlauben) wohl im März/April mit den diesbezüglichen Arbeiten begonnen werden kann. Aktuell sei man in der Ausschreibung der Maßnahme begriffen.

6. Öffentliche Parkplätze im Bereich „Siedlung“

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) erkundigte sich nach der definitiven Zahl öffentlicher Parkplätze im Bereich „Siedlung“. BAL Boxheimer sicherte eine entsprechende Prüfung zu.

7. Mitgliedschaft in der VHS Schwetzingen / Kursangebot

Gemeinderätin Ulrike Breitenbücher (PL) betonte nochmals die, trotz finanzieller Unwägbarkeiten der Kommunalfinzen aufrecht erhaltene Mitgliedschaft in der VHS Schwetzingen und verwies in diesem Zusammenhang auf das neue Frauen-Forum der VHS, das sie als Bereicherung des Angebots wertete.

8. Beschilderung im Bereich Hasenpfad

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) verwies auf die aktuelle Beschilderung im betreffenden Bereich („Frei für Anlieger“) und hinterfragte die Möglichkeit einer evtl. Ausweitung/Zusatzbeschilderung („Frei bis Friedhof“). Bürgermeister Huckele konnte dem zustimmen.

9. Müllablagerung im Bereich des Häckselplatzes

Gemeinderat Karl Schleich (CDU) teilte mit, dass er über Müllablagerungen im Bereich des Häckselplatzes informiert wurde. Der Betreffende habe beobachtet, wie eine Person am Sonntagvormittag (13.02.05) das Häckselplatzgelände aufgeschlossen und dort Abfälle entsorgt hat. Bürgermeister Huckele sicherte eine entsprechende Prüfung zu, wobei er feststellte, dass hier lediglich ein begrenzter Personenkreis (Schlüsselhaber) in Betracht kommt.

10. Runder Tisch mit dem Handwerker- und Gewerbeverein

Gemeinderat Dieter Schneider (SPD) erkundigte sich nach dem Ort der nächsten Zusammenkunft (22.02.05). Bürgermeister Huckele informierte, dass die Sitzung im Untergeschoss des Gemeindezentrums stattfindet.